

Antrag G

1 **Antrag an die 2. Tagung des 6. Landesparteitages am 27. 10. 2018**

2 **Antrag G wird inklusive der mehrheitlich angenommenen Änderungsanträge in den**
3 **Landesvorstand zur weiteren Bearbeitung überwiesen.(Abstimmung: mehrheitlich angenommen)**

4

5 **Herausforderungen meistern - die Thüringer Schule voranbringen**

6 Die wachsende Heterogenität der Schülerschaft, die voranschreitende Digitalisierung und die sich
7 zuspitzende Auseinandersetzung um die Zukunft der Demokratie sind Kernprobleme, die die
8 Thüringer Schulen vor neue Herausforderungen stellen. Die Ansprüche an unsere Lehrer*innen,
9 Erzieher*innen und sonderpädagogischen Fachkräfte sowie an die weiteren Professionen sind
10 enorm. Damit die Schullandschaft in Thüringen und insbesondere die Pädagog*innen in den
11 verschiedenen Herausforderungen besser unterstützt werden, hat die rot-rot-grüne
12 Regierungskoalition bereits Maßnahmen getroffen und auf den Weg gebracht:

13 Sie hat die Zahl der Neueinstellungen von Lehrkräften gegenüber den Planungen des Koalitions-
14 vertrages deutlich erhöht – trotz zunächst weiter bestehender Personalabbaupläne aus der letzten
15 Legislaturperiode wird jetzt jede ausscheidende Lehrkraft ersetzt, zudem wurden ca. 120 DAZ-
16 Lehrer*innen eingestellt und zusätzliche befristete Beschäftigungsverhältnisse geschaffen.

17 Im Rahmen der Schwerpunktsetzungen im Bereich der Infrastruktur wurde ein Schulbauprogramm
18 aufgelegt, das eine große Kraftanstrengung darstellt und gemeinsam mit Bundesmitteln eine Summe
19 von 370 Millionen Euro in den Neubau und die Sanierung von Schulen investiert: fünfmal mehr, als
20 die Vorgängerregierung für diesen Zweck bewegt hat.

21 Ab diesem Schuljahr steht zudem jeder Schule ein Schulbudget zur Verfügung in Höhe von 30 Euro
22 pro Schüler*in, das für vielfältige außerunterrichtliche Aktivitäten einsetzbar ist - von der
23 Nachmittags-AG bis zu Maßnahmen der Lehrgesundheit.

24 Mit der Anhebung der Besoldung der Regelschullehrer*innen wurde ein wichtiger Schritt gemacht,
25 Lücken in der Besoldungsgerechtigkeit und in der Flexibilität des Lehrkräfteeinsatzes zu schließen
26 sowie mehr Wertschätzung gegenüber dem Lehrerberuf auszudrücken. Zudem wurden die
27 Einstellungsverfahren verbessert.

28 Zu den vielfältigen Problemlagen im Schulbereich hat Minister Holter einen breit angelegten Dialog-
29 prozess auf den Weg gebracht, der sichern wird, dass das kommende Schulgesetz viele praktische
30 Erfahrungen umsetzt und auf Stärkung der Lehrkräfte vor Ort orientiert sein wird.

31 Um die Herausforderungen erfolgreich angehen zu können, ist es künftig notwendig, alle die Qualität
32 der Lehrer*innenbildung betreffenden Fragen eng mit den Fragen der Schul- und Personalstruktur zu
33 verbinden.

34

35 **Der Landesparteitag sieht daher folgende Schwerpunktaufgaben im Schulbereich bis zum Ende der**
36 **Legislaturperiode und fordert alle Akteure auf, an der Umsetzung dieser Aufgaben mitzuarbeiten:**

37 1. Im Bereich der frühkindlichen Bildung soll das Primat des nächsten Schrittes zur qualitativen
38 und quantitativen Stärkung in einer durchgreifenden Reform der Erzieher*innenausbildung
39 liegen: an die Stelle einer 5-jährigen schulischen Ausbildung, bei der die Betroffenen
40 Schulgeld zahlen müssen, soll schrittweise eine mit einem tariflichen Ausbildungsentgelt
41 verbundene duale Ausbildung treten.

42 2. In Bezug auf die Inklusion stützt der Parteitag das Prinzip der unterschiedlichen
43 Geschwindigkeiten. Hier geht es darum, über gemeinsam mit den Schulträgern abgestimmte

- 44 regionale Entwicklungspläne die Schritte des weiteren Vorgehens (materiell als auch
45 personell) jeweils für jeden Kreis konkret festzulegen. Diese Pläne müssen fester Bestandteil
46 der kreislichen Personal- und Haushaltsplanung werden. Weiterbildungen zu inklusiver
47 Schulpraxis müssen verpflichtender Bestandteil der Arbeit an ALLEN Schulen werden.
- 48 3. Die Gemeinschaftsschule soll weiter gestärkt werden. Die Schulkonferenz soll die eigene
49 Schulentwicklung festlegen, nicht das Veto eines Schulträgers. Bestehende Modelle bis
50 Klassenstufe 10 sind auf die auf die vollständige Schulbiografie anzuwenden.
- 51 Zur Stärkung der Gemeinschaftsschule muss sich auch die Lehrerbildung ändern. Wir wollen
52 den Übergang von einer schulartbezogenen zu einer schulstufenbezogenen
53 Lehramtsausbildung (nach dem Lebensalter der Kinder) erreichen.
- 54 4. Zum weiteren Ausbau der Ganztagschule sowie der Bildungsgerechtigkeit soll die
55 Abschaffung der Hortgebühren umgesetzt und eine Ausweitung des Horts auch auf die
56 Klassen 5 und 6 zumindest in den Gemeinschaftsschulen geprüft werden.
- 57 5. Zur Annäherung an das Ziel „kein Schüler ohne Abschluss“ sollen erprobte Formen
58 praxisorientierten Lernens an den Thüringer Schulen aus- und aufgebaut werden:
59 Praxisklassen und/oder Praxistag-Projekte sollen für Haupt- und Regelschüler*innen in allen
60 Teilen Thüringens als Regelangebot geografisch erreichbar sein!
- 61 6. Um der Verschärfung des Lehrer*innenmangels entgegenzuwirken, muss schnell ein mit den
62 Hochschulen abgestimmtes Personalentwicklungskonzept vorgelegt werden. Besondere
63 Unterstützung muss der Einsatz junger Lehrkräfte im ländlichen Raum erhalten.
- 64 7. Der Parteitag fordert die Landesregierung auf, in den Ziel- und Leistungsvereinbarungen mit
65 den Hochschulen die Lehrer*innenausbildung zum Schwerpunkt zu machen und eine für alle
66 Schularten und Fachkombinationen auf den zukünftigen Bedarf orientierte 1. Phase der
67 Lehrer*innenbildung vorzusehen.
- 68 8. Inhaltlich muss die Lehrer*innenbildung reformiert werden: gegenüber fachwissen-
69 schaftlichen Inhalten müssen methodische, didaktische, pädagogische und auf die Aufgabe
70 der Inklusion zielende Belange gestärkt werden; Lehramtsstudierende und Anwärter*innen
71 sollen für den Erwerb zusätzlicher Kompetenzen (z.B. Elternarbeit) mehr Freiräume erhalten.
72 Die Studienseminare sind personell und inhaltlich zu stärken, damit sie die ihnen in der
73 Qualifizierung von Lehrkräften und Seiteneinsteiger*innen übertragenen Aufgaben gut
74 erfüllen können.
- 75 9. Im Bereich Bildung für Kinder mit nichtdeutscher Herkunftssprache wird dringend ein alle
76 Ressourcen umfassendes Gesamtkonzept zur Sprachförderung benötigt. Benötigte
77 Ressourcen sind abzubilden, effektiv zu nutzen und gesichert zur Verfügung zu stellen. Jede
78 SchülerIn nichtdeutscher Herkunftssprache muss eine integrierende Sprachförderung
79 erhalten.
- 80 10. Im Bereich der Einstellungspolitik des Ministeriums und der Schulämter ist noch stärker eine
81 wertschätzende Kultur umzusetzen, die sich unter anderem in der Ermöglichung von Teilzeit-
82 Referendariaten, in frühzeitiger Information über angenommene oder abgelehnte
83 Bewerbungen und in zielgerichteten Angeboten an einzelne BewerberInnen niederschlägt.
84 Deutlich stärker sollen die Schulämter schulscharfe Ausschreibungen ermöglichen. In
85 Achtung des Beamtenrechts sind schnellere und bedarfsorientierte Verfahren in Anwendung
86 zu bringen. Es ist gemeinsame Aufgabe der Hochschulen und der für Bildung und
87 Wissenschaft zuständigen Ministerien, zu erreichen, dass jedem Absolventen/jeder
88 Absolventin für den Lehrerberuf das erste Angebot aus Thüringen zukommt.
- 89 11. Zur konkreten Unterstützung der Anstrengungen der Pädagogen und als Beitrag zum
90 schrittweisen Aufbau multiprofessioneller Teams soll ein deutlicher Ausbau von Schul-
91 sozialarbeit in allen Schularten geplant und umgesetzt werden.